

Niederschrift  
der 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 18.04.2023  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 19:00 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

**Anwesend:**

stellv. Vorsitzende/r

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17: 01 Uhr  
Herr Sebastian Lange  
Herr Tino Rietesel

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen  
Frau Sabine Ehlert  
Herr Jens Kühnel  
Frau Josefine Kümpers

Vertreter

Frau Doreen Breuer Vertretung für Herrn Thoralf Pieper, ab 17:07  
Uhr

von der Verwaltung

Herr Andreas Pagels  
Frau Emma Schmidt  
Frau Anja Schmuck

Gäste

Herr Dr. Georg Weckbach  
Herr Steffen Willmer

## **Tagesordnung:**

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 07.03.2023
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2023 der Hansestadt Stralsund  
Vorlage: B 0023/2023
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Pflegedienste in Not
- 4.2** Bericht des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund
- 4.3** Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Migration und Integration
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 6 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 07.03.2023**

Die Niederschrift der 01. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 07.03.2023 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 4 Zustimmungen    0 Gegenstimmen    3 Stimmenthaltungen

### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

#### **zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2023 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0023/2023**

Herr Pagels stellt die dem Ausschuss betreffenden Haushaltspositionen zusammenfassend vor.

Dabei informiert er die Ausschussmitglieder über die finanzielle Fortführung der Stadtteilarbeit i.H.v. 883.000 Euro.

Als wesentliche Bezuschussungsposten benennt er das Mehrgenerationenhaus sowie das Frauenschutzhaus.

Im Weiteren geht Herr Pagels auf die Wohngeldreform ein und auf die damit verbundene Anhebung der Personalkosten.

Auf die Nachfrage von Frau Friesenhahn nimmt Herr Pagels Bezug auf den Zuschussbedarf der KISS und erörtert die entsprechenden Haushaltspositionen.

Frau Kümpers hinterfragt die zusammengefassten Haushaltspositionen im Teilhaushalt 7 sowie die gestiegenen Aufwendungen im Bereich der Wohngeldstelle.

Herr Pagels erörtert, dass der Aufwuchs der Aufwendungen im Bereich der Wohngeldstelle auf die Wohngeldreform und dem damit verbundenen Personalanstieg zurückzuführen ist.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Carstensen erwidert Herr Pagels, dass die veranschlagten Mittel für das Nachbarschaftszentrum Grünhufe gleichbleibend zu den Vorjahren sind.

Frau Kümpers macht auf die rapide Abnahme der Auszahlungen im Bereich der sozialen Sicherheit aufmerksam. Diese Position nimmt im vorliegendem Haushalt nur ein Auszahlungsvolumen i.H.v. 20.000 Euro ein, welches im Jahr 2021 noch 93.000 Euro beanspruchte.

Aufgrund noch ausstehender Klausurtagungen werden sich Frau Kümpers sowie Frau Dr. Carstensen der Abstimmung enthalten.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, stellt Herr Rietesel die Beschlussvorlage B 0023/2023 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Familie, Soziales und Gleichstellung empfiehlt der Bürgerschaft, die Beschlussvorlage B 0023/2023 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Pflegedienste in Not**

Herr Rietesel gibt einleitende Worte in das Thema. Basierend auf den vom Gesetz bestimmten Anspruch auf Tariflohn für Pflegefachkräfte im Herbst 2022 wurde das Netzwerk „Pflegedienste in Not“ gegründet, da die höhere Vergütung der Pflegefachkräfte nicht von den Kostenträgern getragen wird, sondern durch Vorleistung der Pflegedienste erfolgen muss.

Herr Rietesel bringt das Rederecht für Herrn Willmer vom Pflegedienst Willmer zur Abstimmung. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Einführend stellt Herr Willmer den Pflegedienst Willmer vor, der mit seinen 18 Mitarbeitenden seit 12 Jahren pflegebedürftige Menschen betreut. Gegenwärtig betreut der Pflegedienst ca. 180 Patienten.

Die aktuelle Situation im Bereich der Pflege stellt sich laut Herrn Willmer als äußerst besorgniserregend und bundeslandübergreifend dar. Er berichtet von steigenden Existenzängsten der Pflegedienste und deren Mitarbeitenden.

Ursächlich für die Problematik ist aus Sicht der Pflegedienste die ungerechte Vergütung nach dem 5. Sozialgesetzbuch. Anhand einer Präsentation, die entsprechende Fallbeispiele enthält, verdeutlicht Herr Willmer die ungerechte Vergütung der Leistungen nach dem SGB V. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Weiterhin nimmt Herr Willmer Bezug auf die Verhandlungen zur Anpassung der nach SGB V bestimmten Vergütungshöhen sowie auf das darauffolgende Schiedsstellenverfahren.

Herr Willmer erörtert, dass viele Pflegedienste die fehlende finanzielle Unterstützung nicht kompensieren können, was im Ernstfall eine Schließung des Pflegedienstes zur Folge hat sowie die Nichtversorgung der von der Schließung betroffenen Patienten.

Das Streben der Pflegedienste ist unter anderem die Vergütung sämtlicher erbrachter Leistungen sowie den Erhalt der bestehenden Pflegedienste.

Auf die Nachfrage von Frau Kümpers erörtert Herr Willmer die Struktur des Netzwerkes „Pflegedienste in Not“. Zudem informiert er, dass nach aktueller Prognose bei weiterer Nichtunterstützung und Deckung der Kosten etwa 20 bis 30% der Pflegedienste in M-V vom Markt verschwinden.

Herr Lange hinterfragt die personelle Situation im Pflegedienst Willmer sowie die Patientenkapazität.

Herr Willmer teilt mit, dass der Pflegedienst Willmer ebenfalls von Mitarbeiterfluktuationen betroffen ist und auch von variierenden Krankenständen. Aus diesem Grund müssen Patientenanfragen ab einer gewissen Kapazität abgelehnt werden, damit die zuverlässige Versorgung der bestehenden Patienten nicht gefährdet wird.

Weiterhin betreut der Pflegedienst Willmer lediglich Patienten im Raum Stralsund, da eine weitere Entfernung nicht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entspricht.

Eingehend auf die Nachfrage von Herrn Lange erläutert Herr Willmer das Weiterbildungsangebot für die Mitarbeitenden, das Vorhalten der Betriebskrankenversicherung sowie die mitarbeiterorientierte Gestaltung der Arbeit im Rahmen der Möglichkeiten. Darüber hinaus ist der familiäre Umgang im Unternehmen von besonderer Bedeutung.

Herr Kühnel spricht sich für die Sensibilisierung der Landtagsabgeordneten aus, um auf die kritische Situation der Pflegedienste aufmerksam zu machen.

Auf die Anmerkung von Frau Friesenhahn nimmt Herr Willmer Bezug auf das Genehmigungsverfahren für die ambulante Pflege durch die Krankenkassen.

Frau Friesenhahn möchte weiterhin erfahren, ob die Kostenproblematik ebenfalls für die stationäre Betreuung besteht.

Dieses verneint Herr Willmer und fügt an, dass die Problematik ausschließlich den ambulanten Bereich betrifft.

Herr Rietesel fasst die Problematik und seinen Unmut zusammen. Da kein weiterer Redebedarf besteht, beendet er die Beratung zum Thema.

#### **zu 4.2 Bericht des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund**

Einführend stellt Herr Rietesel das Rederecht für Herrn Dr. Weckbach zur Abstimmung. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Weckbach verschafft einen Einblick in die Arbeit des Seniorenbeirates im Jahr 2022. Aus gesundheitlichen Gründen mussten mehrere Mitglieder des Seniorenbeirates ihre Aufgaben abgeben. Davon betroffen war unter anderem der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Für diese Position konnte Frau Brigitta Tornow als neues Mitglied im Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund gewonnen werden.

Herr Dr. Weckbach ist erfreut, dass der jährliche Seniorenratgeber der Hansestadt Stralsund nach einer einjährigen Unterbrechung fortgeführt wird. Bei dem Seniorenratgeber handelt es sich um einen bewährten und informativen Ratgeber für Senioren, der durch die enthaltenen Werbeanzeigen finanziert wird.

Ein großes Ereignis stellte im Jahr 2022 das Fest der Generationen dar, welches zeitgleich mit dem Zoofest veranstaltet wurde.

Herr Dr. Weckbach teilt mit, dass das jährliche Treffen mit dem Kieler Seniorenbeirat 2022 in der Hansestadt Stralsund stattfand.

Aus der aktuellen Arbeit des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund berichtet Herr Dr. Weckbach von der Teilnahme an der Ehrenamtsmesse. Auf der Messe stellte der Seniorenbeirat das Vorzeigeprojekt „Ein Garten für alle“ vor. Der Garten wurde in Zusammenarbeit mit engagierten Senioren der Hansestadt Stralsund sowie mit Kindern örtlicher Bildungseinrichtungen erbaut.

Der Garten ermöglicht den Senioren der Stadt, soziale Kontakte zu pflegen sowie ihr Hobby bis ins hohe Alter fortzuführen.

Weiterhin informiert Herr Dr. Weckbach die Mitglieder des Ausschusses über eine Tagung zum Thema „Sucht im Alter“, wobei sich abgrenzte, dass Alkohol die häufigste Suchtquelle für Menschen im Alter darstellt, daraufhin folgen Schmerzmittel/ Tabletten.

Als Besonderheit für das Jahr 2023 benennt Herr Dr. Weckbach das im August stattfindende 30-jährige Jubiläum des Seniorenbeirates der Hansestadt Stralsund.

In diesem Rahmen macht er darauf aufmerksam, dass der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund der Älteste in Mecklenburg-Vorpommern ist.

Im Nachgang geht Herr Dr. Weckbach auf die verbesserungswürdigen Aspekte in Hinblick auf die Angebote für Senioren in der Hansestadt Stralsund ein. Dabei regt er an, die Senioren aktiver in die Stadtteilarbeit der Hansestadt Stralsund einzubinden, was phasenweise bereits erfolgt, jedoch verstetigt und auf alle Stadtteile mit Stadtteilarbeit ausgeweitet werden sollte.

Des Weiteren verdeutlicht Herr Dr. Weckbach die essentielle Bedeutung des Seniorensportes und appelliert für deren Ausweitung in der Hansestadt Stralsund.

Verbesserungswürdig ist aus Sicht des Seniorenbeirates auch das Bildungsangebot für Senioren, welches in den vergangenen Jahren spürbar abgenommen hat.

Frau Dr. Carstensen begrüßt es, ein Schreiben an das Amt für Schule und Sport zu verfassen. Mit dem Schreiben soll das Amt gebeten werden, die Senioren der Stadt aktiver in die Stadtteilarbeit einzubinden. Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich für das Schreiben aus.

Herr Rietesel dankt Herrn Dr. Weckbach für die Berichterstattung und leitet in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

#### **zu 4.3      Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Migration und Integration**

Anhand einer Präsentation stellt die Beauftragte für Migration und Integration, Frau Schmuck, ihren jährlichen Tätigkeitsbericht vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Als Aufgabenschwerpunkt für das vergangene Jahr benennt Frau Schmuck die Unterstützung der ukrainischen Mitmenschen, die in der Hansestadt Stralsund Zuflucht gesucht haben.

Des Weiteren betreut sie gemeinsam mit der Integrationsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen den runden Tisch für Integration.

Frau Schmuck stellt den Ausschussmitgliedern die Integrationsprojekte, die Kooperationen sowie die Netzwerke vor.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt von Frau Schmuck ist die Vertretung der Hansestadt Stralsund in regionalen und überregionalen Gremien/ Netzwerken.

Laut Frau Schmuck ist die Interkulturelle Woche ein jährlich gut angenommenes Veranstaltungsformat, welches regelmäßig durch das Stadtteilstück in Frankenvorstadt eröffnet wird. Sie berichtet, dass seitens der Akteure ein nennenswertes Interesse zur wiederkehrenden Teilnahme an der Interkulturellen Wochen besteht.

In Bezug auf den Ukrainekrieg möchte Herr Rietesel erfahren, ob die Mitbürger eine Rückkehr in ihr Heimatland beabsichtigen.

Frau Schmuck entgegnet, dass es unterschiedliche Präferenzen gibt. Durchaus gibt es ukrainische Mitbürger, die sich beruflich in Stralsund verwirklichen wollen und sich für die deutsche Sprache begeistern. Jedoch geht auch hervor, dass pauschal etwa die Hälfte zurück zu ihren Familien in die Ukraine möchten.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Carstensen erörtert Frau Schmuck das allgemeine Problem zur Unterbringung geflüchteter Menschen. Aus ihrer Arbeit heraus berichtet sie, dass sie erfreulicherweise von Firmen und Privatpersonen Wohnungsangebote zur Unterbringung ausländischer Mitbürger erhält, die freie Kapazität an Wohnungen dennoch sehr begrenzt ist. Gegenwärtig stellt beispielsweise das Yuniior-Hotel Stralsund 160 Plätze zur Unterbringung zur Verfügung.

Frau Friesenhahn hinterfragt die Chancen für die Geflüchteten auf dem hiesigen Arbeitsmarkt.

Antwortend teilt Frau Schmuck mit, dass zunächst die Qualifikationen der ukrainischen Mitbürger anerkannt werden müssen, dieses jedoch einige Zeit in Anspruch nimmt. Zudem muss vor der Arbeitsvermittlung ein Grundkurs der deutschen Sprache absolviert werden, hierfür gibt es aufgrund von Personalmangel jedoch nur begrenzte Plätze.

Auf die Nachfrage von Herrn Kühnel erläutert Frau Schmuck, dass die ukrainischen Mitbürger sehr bestrebt sind, zeitnah einen Arbeitsplatz zu erhalten.

Herr Rietesel erfragt die Arbeitslosenquote der in Stralsund wohnhaften Migranten.

Die genaue Anzahl der arbeitslosen Migranten in Stralsund fügt Frau Schmuck der Niederschrift als Anlage bei.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Redebedarf.

## **zu 5        Verschiedenes**

Auf die Anmerkung von Frau Ehlert teilt Herr Rietesel mit, dass das Thema Frauenschutzhhaus in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung erneut beraten wird.

Da zu den weiteren Tagesordnungspunkten ebenfalls kein Redebedarf besteht, entfallen diese.

Herr Rietesel beendet die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung.

gez. Tino Rietesel  
Vorsitzender

gez. Cinderella Littmann  
Protokollführung